

GASTKOMMENTAR

Saulus, Paulus und die CDU

STEPHAN GÖTZ RICHTER



Innerhalb der CDU wird die schlechende Sozialdemokratisierung der Partei weiterhin gerne als „steile These“ karikiert. Dabei ist selbst dieser Befund in der politischen Wirklichkeit nur die halbe Wahrheit. Denn wie auch immer man auf all die unter Angela Merkel ratifizierten Sachthemen schaut, einiges sticht deutlich ins Auge: Ob es um die Abschaltung der Atomkraftwerke, den Ausstieg aus der Kohle, die gleichgeschlechtliche Ehe, die Öffnung der Grenzen oder die Abschaffung der Wehrpflicht ging, das sind, wahl- und gesellschaftspolitisch betrachtet, alles grüne Themen.

Das ist umso erstaunlicher, als sich die CDU in dieser Zeit ja nicht auf Bundesebene in einer Koalition mit den Grünen befand. Dementsprechend wäre die CDU gut beraten, wenn sie klar versteht, dass es sich bei der oben angeführten Liste von Themen auch ganz bestimmt nicht um sozialdemokratische Themen handelte. Zu einem sozialdemokratischen Anliegen wurde es erst in dem Moment, als die CDU es sich aus machtpolitischem Kalkül heraus zu ihrem eigenen Anliegen gemacht hatte. In einer Art pawlowschem Reflex versuchte die Sozialdemokratie verzweifelt, nicht nur mit dem CDU-Kurs der schleichenden Vergrünung mitzuhalten, sondern sich auch selbst zu vergrünen.

In jedem Fall ist es den Grünen – weit über ihre gewiss prominente Rolle im Bundesrat hinaus – in GroKo-Zeiten auch ohne direkte Beteiligung an der Bundesregierung gelungen, sowohl die Union als auch die

kommt erschwerend hinzu, dass die These von der „Vergrünung“ der CDU im oben beschriebenen Sinn zwar gilt, aber die Wähler der Grünen die Union keineswegs als hinreichend „vergrünt“ ansehen. Die „Vergrünung“ der CDU hat sich ja bisher vor allem auf der Ebene der Gesellschaftspolitik ausgewirkt. Aber ausgerechnet auf der Ebene der Wirtschafts- und Industriepolitik, der für unseren Wohlstand entscheidenden Fragestellung, gehört die CDU – siehe Klimapakete – weiterhin zu den Bremsern. Sie hat bis heute nicht verstanden, dass unsere Volkswirtschaft mit Blick auf die produktive Bewältigung des Klimawandels eine breit angelegte Innovationsoffensive braucht, um im Weltmarkt der Zukunft mit hochkompetitiven Produkten aufwarten zu können. Diese Herausforderung kann insbesondere der deutsche Mittelstand auch erfolgreich bewerkstelligen. Allerdings braucht es für die damit verbundenen Investitionen eines langfristig verlässlichen Handlungsrahmens. Dieser kann nur über einen mutigen CO₂-Preis geschaffen werden. Die CDU klammert sich, darin der SPD sehr ähnlich, diesbezüglich immer noch an den Statusquo-Industrien fest. Inhaltsleeres Zukunftsgerede ist dafür kein Ersatz.

Aber auch die Unionswähler bereiten echte Probleme. Denn im Unterschied zur Wahrnehmung der grünen Wähler fühlen sich Unionswähler tendenziell bereits jetzt schon zu sehr „vergrünt“. Jenseits dieser Gefühlslage kommt eines erschwerend hinzu: Angela Merkels Kooptierung der SPD war, wahltaktisch betrachtet, großer Erfolg beschert (sie hat die SPD als Volkspartei stark dezimiert). Im Gegensatz dazu hat es mit der asymmetrischen Demobilisierung der Grünen-Wähler, die mit der merkelschen „Vergrünung“ ihrer Politik bezweckt war, so ganz und gar nicht geklappt. Kein Wunder also, dass sich die CDU aktuell in einer Art Schockstarre befindet, die sich durch den anhaltend flachen Wahlrend der Union nur noch weiter verstärkt. Das dürfte zu großer Zögerlichkeit führen, was – jenseits der bereits erfolgten Vergrünung des gesellschaftspolitischen Kurses der CDU – die umweltpolitische und wachstumspolitische „Vergrünung“ der Partei anbelangt.

Das absehbare Zustandekommen einer schwarz-grünen Koalition ist schließlich auch deshalb erschwert, weil die schlagzeilenträchtigen Schritte, wie die Abschaltung der Atomkraftwerke und der Ausstieg aus der Kohle, auf der Ankündigungsebene bereits vollzogen wurden. Damit dürfte einer schwarz-grünen Koalition auf Bundesebene, wohl mit der wichtigen Ausnahme der Verkehrspolitik, im Unterschied zur gerade zustande gekommenen türkisch-grünen Koalition in Österreich wenig Zauber an Neuem innewohnen. Unter diesem Vorzeichen droht Schwarz-Grün, wenn es zustande kommt, eher zu einem Klempnerbetrieb zu werden als zu einem dynamischen Neustart. Angesichts des sehr zwitterhaft gewordenen Selbstverständnisses der CDU – zwischen Sozialdemokratisierung und Vergrünung – zeichnet sich übrigens eine große politische Ironie ab. Ganz anders, als das im Verhältnis zur SPD der Fall war, grassiert unter den „Schwarzen“ aktuell Angst vor den Grünen.

Wegen der von Angela Merkel betriebenen antizipativen Vergrünung befürchtet man, dass in den spätestens im Winter 2021/22 bevorstehenden Koalitionsverhandlungen der Rest der alten christdemokratischen Identität draufgehen könnte. Daher ist es diesmal – im diametralen Unterschied zum Herbst 2017 – ausgerechnet die CDU, die sich eine Beteiligung der FDP an einer neuen Regierungskoalition erwünscht.

■ Der Autor ist Publizist und betreibt den Thinktank The Globalist

ESSAY

Russland führt eine massive Desinformationskampagne gegen Polen durch. Ihr Ziel ist es, das Bild unseres Landes als mitverantwortlich für die Tragödie des Zweiten Weltkriegs aufzubauen und infolgedessen die Einheit des Westens zu brechen. Europa muss sich dem widersetzen und vereint auftreten.

Wladimir Putin wird am Donnerstag in Jerusalem eine Rede auf einer Veranstaltung halten, die von einem kremlnahen Oligarchen anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz organisiert wird. Der Präsident Polens wird bei der Veranstaltung nicht sprechen, denn obwohl er zu der Veranstaltung eingeladen war, durfte er nicht sprechen. Putin wird reden und seine Version der europäischen Geschichte ungestraft durchsetzen können. Eine Version, in der Russland immer gut und Polen immer schlecht ist.

Der russische Präsident nennt die polnischen Diplomaten der Vorkriegszeit „antisemitische Schweine“ und beschuldigt die damalige Regierung der Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich. Wie auf Stichwort beginnen russische Politiker, Polen die Mitverantwortung für die Auslösung des Zweiten Weltkriegs und die Grausamkeit des Holocausts vorzuwerfen.

Kein historisches Wissen wird den Gesellschaften ein für allemal vermittelt. In jedem Land sind die Akzente dieses Wissens etwas anders verteilt, sie entwickeln sich im Laufe der Zeit im politischen und sozialen Raum. Selbst der Beginn und das Ende des Zweiten Weltkriegs werden in verschiedenen Teilen der Welt unterschiedlich wahrgenommen.

Für den größten Teil Europas ist der Beginn des Krieges der 1. September und der deutsche Überfall auf Polen. Aber für die Chinesen begann der Krieg am 7. Juli 1937 mit dem japanischen Überfall auf die Mandschurei, und für die Russen begann der Krieg mit der deutschen Aggression gegen die UdSSR am 22. Juni 1941. Für Europa endete der Krieg mit der Kapitulation Berlins am 8. Mai 1945, für die USA und Japan – am 2. September 1945.

Die Tatsachen sind unwiderlegbar, aber die Geschichte ist eine endlose und fließende Interpretation dieser Tatsachen und zieht verschiedene Schlussfolgerungen und Urteile daraus. Als es in Berlin eine Diskussion über den Bau eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas gab, sagte der amerikanische Professor James Young, Mitglied der Findungskommission, es wäre vielleicht besser, endlos Wettbewerbe zu organisieren, als das Denkmal letztlich zu bauen.

Egal, was die derzeitige polnische Regierung redet, sind die Polen in der überwiegenden Mehrheit offen für Diskussionen über ihren Platz in der Geschichte und ihre Rolle während des Zweiten Weltkriegs. Wir sind eine Nation, die die Geschichte liebt. Historische Bücher verkaufen sich hervorragend, und die in den letzten 15 Jahren eröffneten Geschichtsmuseen erleben Jahr für Jahr Besucherrekorde.

Es geht beileibe nicht nur um Heldentum oder Martyrium. Vor genau 20 Jahren hat unser Land die Diskussion, die nach dem Erscheinen des Buches „Nachbarn“ von Jan Tomasz Gross begann, gründlich erlebt. Gross, der 1969 aus Polen in die USA emigrierte, beschrieb die Ermordung der jüdischen Nachbarn im Juli 1941 durch die polnischen Einwohner der Stadt Jedwabne. Das geschah kurz nach der Ankunft der Deutschen, der Mord fand mit ihrer stillen Zustimmung statt.

Wie spätere Veröffentlichungen und intensive Recherchen des Instituts des Nationalen Gedenkens bestätigen, waren die direkten Täter mehrere Dutzend Polen, die mindestens 300 Juden in die Scheune trieben und diese dann in Brand setzten. Heute ist der Name Jedwabne in Polen jedem bekannt, der sich auch nur ansatzweise für die Geschichte und die Debatten interessiert.

Gleichzeitig kommt die größte Zahl der Gerechten unter den Nationen aus Polen. Fast 7000 Helden, die unter Einsatz ihres Lebens – im besetzten Polen war die Strafe für Hilfeleistung an Juden das Todesurteil für den Helfer und seine Familie – ihr Bestes taten, um auch nur ein paar Leben zu retten. „Wie viele Kinder haben Sie gerettet?“ wur-



Zwei polnische Journalisten sind empört über die jüngsten Manöver Wladimir Putins, den Polen eine Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu geben. Sie warnen vor der zersetzenden Gewalt dieses massiven russischen Geschichtsrevisionismus

PIOTR KOZANECKI UND BARTOSZ WEGLARCZYK



de Irena Sendler, eine der bekanntesten Gerechten, einmal gefragt. „Nicht genug“, antwortete sie. Aber wir alle wissen doch, dass die Inschrift auf der Medaille, die von Yad Vashem verliehen wird, besagt: „Wer ein Leben rettet, der rettet die ganze Welt.“

Die russischen Stellen nutzen geschickt, zynisch und rücksichtslos marginale Eintrübungen der Geschichte, um aus ihnen eine allgemeine Wahrheit abzuleiten. Vor einigen Tagen haben sie Dokumente aus den Jahren 1944 und 1945 veröffentlicht. Dutzende von Seiten unter all den Millionen, die sie in ihren Archiven lagern und zu denen polnische Historiker keinen Zugang haben.

Aus diesen wenigen Seiten haben sie auf Facebook einen einzigen Satz veröffentlicht, dass in Warschau nach dem Gettoaufstand die Untergrundheimatarmee (AK) „die jüdischen Überlebenden vernichtet hat, die die Deutschen nicht zu vernichten vermochten“. Die Nachrichtenagentur AFP nahm diesen Satz auf, und er ging in die Welt.

Schnell stellte sich heraus, dass es sich nicht um die AK handelte, sondern um eine Organisation namens KB AK. Der Unterschied zwischen den Abkürzungen ist folgender: AK war die größte Untergrundarmee Europas, die im Sommer 1944 390.000 Soldaten zählte. KB AK war eine Organisation am Rande der AK mit maximal 1000 Personen.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des von den Russen zitierten Dokuments war sie bereits von der Heimatarmee getrennt und der Roten Armee unterstellt. Aber all dies erforderte eine sorgfältige Lektüre und zumindest ein paar Sätze zur Erklärung. Stattdessen zirkuliert diese antipolnische Verleumdung und droht, die Europäer wie ein Virus zu infizieren.

Selbst für einen Polen, der ein skeptisches Verhältnis gegenüber seinen Landsleuten hat, ist es völlig absurd, Polen für den Ausbruch des Krieges verantwortlich zu machen. Selbst wenn man davon ausgeht, dass Polen in den 30er-Jahren ein autoritäres Land mit starkem Antisemitismus und einer generell schlechten Politik gegenüber nationalen Minderheiten war, ist diese Schuldzuweisung für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eine reine Lüge.

Wir wissen sehr gut, dass viele deutsche Staatsmänner wiederholt betonten, Deutschland sei für den größten Konflikt der Geschichte verantwortlich. In besseren geopolitischen Zeiten haben wir sogar bitter gescherzt, dass die Rolle des deutschen Kanzlers eine rituelle und wahrscheinlich nicht leichte Verpflichtung beinhaltet, die Polen ständig an die Verantwortung Deutschlands für den Krieg zu erinnern.

Nun beginnt eine falsche Version der Geschichte in das Bewusstsein der Russen und Europäer zu dringen. Hätten sich die Polen vor dem Krieg wie die Russen verhalten und wäre Hitler mit Moskau konfrontiert worden, hätte es keinen Krieg, keine Millionen von Toten und keinen Holocaust gegeben.

In dieser Version der Geschichte ist jedoch kein Platz für das Molotow-Ribbentrop-Abkommen, kein Platz für den russischen Überfall auf Polen zusammen mit Deutschland im Jahre 1939, kein Platz für die Russen, die Tausende polnische Kriegsgefangene in Katyn ermordeten, es gibt keinen Platz, um Hunderttausende von Europäer in Arbeitslager in Sibirien zu schicken. Und es ist schließlich kein Platz für die sowjetische Besetzung Mitteleuropas nach dem Krieg.

In dieser Version der Geschichte ist Russland eine Supermacht, die immer auf der Seite des Guten steht. Nur so ist es möglich, dass Putin im Angesicht eines ökonomischen Zusammenbruchs Nationalstolz nicht als gegenwärtiges Gefühl, sondern in Erinnerung an die ruhmreiche Vergangenheit erzeugen will.

Europa muss in diesem Streit für die Wahrheit einstehen. Wenn die Europäer von Berlin über Paris bis Lissabon Putin erlauben, die Geschichte neu zu schreiben, bedeutet dies, dass George Orwells „1984“ wahr wird. Wenn er Erfolg hat, wird Putin nicht aufhören, Polen anzugreifen. Wenn ihm das gelingt, ohne dass die Europäer sich mit Polen solidarisch zeigen, dann, glauben Sie uns, wird er hinter Ihnen her sein.

■ Die beiden Autoren arbeiten in leitender Funktion bei Onet.pl, dem seit 20 Jahren größten Internet-Portal in Polen

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985 *)

Herausgeber: Stefan Aust
 Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
 Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky, Arne Teetz
 Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Johannes Boie, Dagmar Rosenfeld
 Stv. Chefredakteur: Robin Alexander

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
 Chefkomentator: Torsten Krauel
 Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
 Leitung Redaktionsteam: Christian Gaertner, Stv. Philip Jürgens, Lars Winckler
 Creative Director: Cornelius Tittel
 Artredaktion: Juliane Schwarzenberg, Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Lars Schroeder, Dr. Jacques Schuster
 Forum: Andrea Seibel, Stv. Rainer Haubrich
 Investigation/Reportage: Wolfgang Bilscher, Manuel Bewarder
 Außenpolitik: Klaus Geiger, Silke Mühlherr
 Wirtschaft/Finanzen: Jan Dams, Olaf Gersemann, Stv. Dietmar Deffner, Thomas Exner
 (Senior Editor) Feuilleton: Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder, Stv. Hannah Lühhmann
 Literarische Welt:

Dr. Mara Delius
 Literarischer Korrespondent: Richard Kämmerlings
 Stil/Reise: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese
 (Senior Editor) Sport: Matthias Brüggemann
 Wissen: Dr. Pia Heinemann, Stv. Wiebke Hollersen
 Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach, Stv. Claudia Sewig
 Nachrichten/Unterhaltung: Falk Schneider
 Community/Social: Thore Barthus
 WELTplus: Sebastian Lange
 Video: Martin Heller

CvD Produktion: Patricia Plate
 Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne
 Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm
 Chefkorrespondent Außenpolitik: Dr. Sascha Lehnartz, Clemens Wergin
 Chefökonomin: Dr. Dorothea Siems
 Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger
 Chefkorrespondent

Feuilleton: Dr. Jan Kiveler
 Chefkorrespondent Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau
 Chefreporter: Stefan Frommann, Heike Vowinkel
 Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff
 Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Stürmer
 Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Peter Huth, Alan Posener, Dr. Kathrin Spoerr, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert

Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Tobias Kaiser, Dr. Christoph Schlitz
 Budapest: Boris Kalnoky
 Istanbul: Deniz Yücel
 Kapstadt: Christian Putsch
 London: Stefanie Bolzen, Thomas Kiellinger
 Marrakesch: Alfred Hackensberger
 Moskau: Pavel Lokshin
 New York: Hannes Stein
 Paris: Martina Meister
 Warschau: Philipp Fritz
 Washington: Steffen Schwarzkopf, Dr. Daniel Friedrich Sturm